

Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler Bayern am 9.10.2010 in Ingolstadt

Den Anschluss herstellen!

Resolution der Freien Wähler Bayern zum Breitbandausbau

Die Forderungen der Freien Wähler hinsichtlich der Versorgung mit schnellem Internet

Die Freien Wähler fordern, dass die Staatsregierung die flächendeckende Versorgung Bayerns mit Breitband als eine zentrale Staatsaufgabe ansieht. Die Staatsregierung muss den Kommunen nun endlich tatkräftig und lenkend zur Seite stehen. Die Förderkonditionen müssen sowohl betragsmäßig als auch hinsichtlich der Leerrohrförderung erheblich verbessert werden.

Begründung:

Von dem Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern sind wir weit entfernt. Damit Regionen „den Anschluss nicht verlieren“, ist eine gute Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Viele ländliche Räume leiden bis heute insbesondere massiv unter nicht vorhandener oder ungenügender Breitbandversorgung und können deswegen mit dem allgemeinen Entwicklungstempo nicht mithalten. Dieser Missstand muss dringend beseitigt werden. Die Freien Wähler fordern daher die Bayerische Breitbandförderung auf die von der EU-Kommission genehmigten Förderrichtlinien umzustellen und den Fördersatz auf 90 Prozent (Fördersumme 500.000 Euro) zu erhöhen.

Die Freien Wähler haben sich seit jeher für eine zentrale Steuerungsfunktion der Bayerischen Staatsregierung beim Breitbandausbau eingesetzt. Die Bayerische Staatsregierung lässt mit ihrem Konzept der Bayerischen Breitbandinitiative die Kommunen in ihren Bemühungen um eine Anbindung an das schnelle Internet bislang völlig alleine. Die Folgen hieraus sind an verschiedenen Stellen ersichtlich. So waren die Kommunen nach dem Angebotsstopp der Deutschen Telekom im Sommer 2009 in Ihren Bemühungen nach einem Anbieter völlig auf sich gestellt. Bereits zuvor mussten sich die Kommunen mühsam mit verfügbaren Technologien, kartellrechtlichen Normen sowie komplizierten Marktstrukturen auf dem Telekommunikationsmarkt auseinandersetzen. Auch bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit von Funklösungen standen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bald alleine den Sorgen der Bevölkerung gegenüber. Heute müssen einige Kommunen bestehende Verträge wieder kündigen und erneute Ausschreibungen vornehmen. Sie sehen sich bei Ihren Bestrebungen wiederholt mit teils hoch komplizierten technischen, juristischen und betriebswirtschaftlichen Fragen konfrontiert. Ständig kommen neue Herausforderungen hinzu: Bzgl. der LTE-Technologie (long-term-evolution; funkgestütztes schnelles Internet) bedarf es klarer Zielvorgaben durch die Staatsregierung. Diese muss einerseits die Telekommunikationsunternehmen bei der Durchführung ihrer Versorgungspflicht für den ländlichen Raum kontrollieren. Andererseits muss sie ein Konzept vorlegen, unter welchen Umständen LTE auch für die Zukunft sinnvoll und notwendig erscheint. Die Staatsregierung hat es bisher verpasst, eine Breitbandvision über 2011 hinaus zu entwickeln. Der technische Fortschritt wird jedoch 2011 nicht Halt machen. Breitband ist zentrale Steuerungsaufgabe der Staatsregierung. Anders kann die europäische Vision, dass bis 2020 alle Europäer über einen Internetzugang mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von mehr als 30 Mbit/s verfügen^[1], in Bayern nicht erreicht werden.

^[1] Ziel der „Digitalen Agenda für Europa“, KOM (2010) 245